

ZIGARETTEN

Schlecht fürs Image

Durch den überraschenden Rückzieher eines amerikanischen Zigarettenherstellers sehen deutsche Tabakkonzerne die „soziale Akzeptanz“ ihrer Produkte auch hierzulande gefährdet. Als erste Tabakfirma der Welt will die Liggett Group aus Durham (North Carolina) die Packungen ihrer Zigaretten künftig von sich aus mit dem

Warnhinweis versehen, daß Nikotin süchtig macht und Krebsleiden verursacht. Außerdem erklärte sich der kleinste der fünf größten US-Tabakkonzerne zur Abwehr zahlreicher Musterprozesse bereit, 25 Jahre lang pro Jahr 25 Millionen Dollar plus 25 Prozent des Gewinns vor Steuern an den Staat abzuführen – als Ausgleich für die Behandlungskosten, die im Gefolge des schädlichen Zigarettenrauchens anfallen.

Ernst Brückner, Hauptgeschäftsführer des deutschen Verbands der Cigarettenindustrie: „Es ist eine Situation entstanden, die wir lieber vermieden hätten.“ Eine ähnliche Entwicklung sei in Deutschland gleichwohl nicht zu erwarten: Das amerikanische Rechtssystem sei eben ganz anders. In Deutschland werden die Liggett-Marken „Chesterfield“ und „L&M“ vom Zigarettenkonzern Philip Morris in Lizenz vertrieben, in Amerika sind die beiden Firmen allerdings Konkurrenten. So reagierte auch die Münchner Philip-Morris-Zentrale entsprechend der Abwehrstrategie ihres New Yorker Hauptquartiers: Kühl verwiesen die Münchner Manager darauf, daß Liggett-Chef Bennett LeBow noch 1993 vor einem US-Gericht „unter Eid“ erklärt habe, der Tabakkonsum sei „nicht suchtauslösend“ und verursache „seines Wissens“ auch keinen Lungenkrebs.



Tabakprobe bei Zigarettenproduktion

RENTEN

CSU gegen Abschlag

In den anstehenden Verhandlungen über die Rentenreform will die CSU darauf drängen, daß die Folgen der letztjährigen Änderungen der Altersversicherung abgemildert werden. Mit der schrittweisen Anhebung der Altersgrenzen auf 65 Jahre hatte die Koalition beschlossen, bei einem früheren Rentenbeginn je Monat einen Abschlag von 0,3 Prozent des regulären Ruhegeldes zu berechnen. Davon möchten die Bayern nun jene Arbeitnehmer ausnehmen, die bei Eintritt in einen vorzeitigen Ruhestand bereits 45 Jahre lang Pflichtbeiträge gezahlt haben. Das CSU-Argument: Vor allem die mageren Renten von Arbeitern und kleinen Angestellten, etwa im Bäcker-, Maler- und Einzelhandelsgerwerbe, würden durch die Abschläge in die

Nähe oder gar unter die Sozialhilfessätze rutschen. So bekomme nach der Anhebung des Rentenalters auf 65 Jahre ein normal entlohnter alleinstehender Verkäufer, der nach 45 Beitragsjahren wegen Arbeitslosigkeit mit 60 Jahren in den Ruhestand wechselt, nur noch 178 Mark mehr, als die Sozialhilfe ausmachen würde. CSU-Mann Rudolf Kraus, Parlamentarischer Staatssekretär bei Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU), sieht dadurch „das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit ins Gegenteil verkehrt“. Blüms Rentenexperten halten dagegen: Die Abschläge seien ein Ausgleich dafür, daß Frührentner ihr Altersgeld über längere Zeit bezögen als reguläre Ruheständler. Zudem wird auf die Kosten verwiesen: Eine Korrektur à la CSU würde die Rentenkassen 1998 mit 300 Millionen Mark belasten; im Jahr 2000 wären es bereits 1,4 Milliarden und 2010 sogar 9,7 Milliarden Mark zusätzliche Kosten.



Haas

TERRORISMUS

Neuer Zeuge gegen Haas

Trotz der überraschenden Haftentlassung der mutmaßlichen Terroristin Monika Haas, die sich vor dem Frankfurter Oberlandesgericht wegen Mittäterschaft an der Entführung des Lufthansa-Jets „Landshut“ nach Mogadischu (Somalia) im Herbst 1977 verantworten muß, sieht sich die Bundesanwaltschaft in ihrer Position bestätigt.

In Karlsruhe ist man über den Zeitpunkt der Aufhebung des Haftbefehls verwundert. Begründung: Ein im Libanon inhaftierter Zeuge habe „detaillierte Angaben“ über die Rolle der Angeklagten als Waffenlieferantin für das palästinensische Entführerkommando gemacht.

Anfang März 1997 war der Mann, der sich Saïd Slim nennt, von Beamten des Bundeskriminalamts in Beirut als Beschuldigter vernommen worden. Er soll angegeben haben, Monika Haas 1977 unter seinem Alias-Namen Kemal Servati von Bagdad nach Algier und von dort weiter nach Palma de Mallorca begleitet zu haben. Waffen, Handgranaten und Sprengstoff für das Entführungskommando seien Monika Haas in Algier von einem Araber namens Djamal übergeben worden.

Die Terrororganisation „Volksfront für die Befreiung Palästinas-Spezialkommando“ wollte damals mit ihrer Aktion den Forderungen der RAF Nachdruck verleihen, die mit der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer inhaftierte Gesinnungsgenossen freizupressen versuchte.

Das Oberlandesgericht hatte am Mittwoch voriger Woche den Haftbefehl gegen die Angeklagte nach über zwei Jahren Untersuchungshaft mit der Begründung aufgehoben, gegen sie komme möglicherweise nur eine Verurteilung wegen Beihilfe, nicht jedoch wegen Mittäterschaft in Betracht. Die Bundesanwaltschaft hat gegen die Entscheidung beim Bundesgerichtshof Beschwerde eingelegt.